



Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/2287

A06

20. Februar 2024

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

anbei übersende ich Ihnen den von Frau Inge Blask MdL von der Fraktion der SPD erbetenen Bericht zum Thema „10. Gipfeltreffen der Regionen und Städte in Mons, 18./19. März 2024“ für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 23. Februar 2024.

Für die Weiterleitung dieses Berichtes an den Ausschussvorsitzenden bin ich Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen


Nathanael Liminski

Bericht

**des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten,
Internationales sowie Medien und Chefs der Staatskanzlei**

für den

**Ausschuss Europa und Internationales
im Landtag Nordrhein-Westfalen**

zum Thema

**„10. Gipfeltreffen der Regionen und Städte in Mons 18./19. März
2024“**

(Februar 2024)

Das 10. Gipfeltreffen der Regionen und Städte wird vom Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) in Zusammenarbeit mit der Wallonischen Region und dem belgischen Ratsvorsitz der Europäischen Union am 18./19. März 2024 in Mons, Belgien, veranstaltet. Thematische Schwerpunkte sind insbesondere Demokratie, nachhaltige Entwicklung, die Zukunft der Europäischen Union und ihre Erweiterung, die notwendige Gewährleistung des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts und die Bewältigung der Folgen des Krieges gegen die Ukraine. Dabei sollen globale Herausforderungen thematisiert und dazu unterschiedliche Perspektiven zusammengeführt werden. Das Gipfeltreffen fällt für den AdR mit dem 30. Jahrestag seines Bestehens zusammen.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung wird durch den Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien Dr. Mark Speich vertreten.

Die Landesregierung begrüßt die Themenauswahl der Gastgeber. Der Staatssekretär hat in seiner Funktion als Mitglied des Präsidiums des AdR die vorbereitenden Arbeiten für den Gipfel unterstützt und dem beiliegenden vorläufigen Entwurf für eine Erklärung des Gipfeltreffens von Mons 2024 auf der Sitzung des AdR-Präsidiums am 30. Januar 2024 zugestimmt.

Sämtliche Zielsetzungen, Themen und Positionen sowohl des Programms als auch des vorläufigen Entwurfs der Erklärung bedürfen politischer Aufmerksamkeit. Eine diesbezügliche Unterteilung in prioritäre und weniger prioritäre Bereiche wäre wenig zielführend. In Übereinstimmung mit dem Text des vorläufigen Entwurfs für eine Erklärung des Gipfeltreffens wird für die Bewältigung der Herausforderungen, vor denen Europa steht, die Zusammenarbeit aller Ebenen, sei es auf europäischer, nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene, entscheidend sein.

Die Landesregierung ist weder verantwortlich noch befugt, die kommunale Ebene zur Teilnahme aufzurufen oder gar aufzufordern. Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund sind mit jeweils einem Mitglied und einem stellvertretenden Mitglied im AdR vertreten. Von den insgesamt drei deutschen Präsidiumsmitgliedern wird ein Mandat von den Kommunalen Spitzenverbänden besetzt. Die Kommunalen Spitzenverbände informieren ihre Mitglieder über die Aktivitäten des AdR. Schließlich verfügt der AdR über ein eigenes Netzwerk der kommunalen Mandatsträgerinnen und -träger, sog. „EU Councillors“. Nach einem Beitritt zu diesem Netzwerk erhält das jeweilige Mitglied dieses Netzwerks mit seinem Einverständnis vom AdR Informationen zu europapolitischen Themen und aktuellen Veranstaltungen, insbesondere erfolgten Einladungen zum Gipfeltreffen von Mons 2024.

Die Landesregierung hat keinen Zugang zu den Anmeldelisten der Organisatoren und kann folglich keine Auskunft darüber geben, welche Kommunen und Landkreise sich beteiligen werden. Schließlich besteht für Kommunen und Landkreise keine Pflicht, bei entsprechendem Interesse an einer Teilnahme an dem Gipfeltreffen der Landesregierung vorab Meldung zu geben.

Infolge obiger Ausführungen verfügt die Landesregierung auch nicht über Informationen, die einen Schluss darauf zulassen könnten, wie intensiv sich nordrhein-westfälische Kommunen und Landkreise bei diesem Gipfeltreffen im Verhältnis zu anderen Regionen der Mitgliedstaaten einbringen.

Dabei ist gewiss, dass die Landesregierung eine rege Teilnahme der kommunalen Ebene an dem Gipfeltreffen und eine intensive Einbringung nordrhein-westfälischer Kommunen und Landkreise selbstverständlich sehr begrüßen würde.

Anhang:

Vorläufiger Entwurf der Erklärung des 10. Europäischen Gipfeltreffens der Regionen und Städte 19. März 2024 – Mons (Belgien)

(endgültige Fassung dieses Dokuments wird die Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung am 18. März 2024 in Mons (Belgien) verabschieden)

Die Regionen und Städte haben die nötige Kraft, um das Europa der Zukunft stärker, gerechter und widerstandsfähiger zu machen

Mehr als eine Million lokaler und regionaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger setzt sich überall in der EU dafür ein, den Alltag der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Anlässlich der Gründung des Europäischen Ausschusses der Regionen vor 30 Jahren sind wir hier zum 10. Europäischen Gipfeltreffen der Regionen und Städte zusammengekommen, um unser Engagement für ein stärkeres, gerechteres und widerstandsfähigeres Europa zu bekräftigen.

Neben der Erfüllung ihrer Verpflichtungen auf nationaler Ebene setzen die Regionen und Städte mehr als 70 % der EU-Rechtsvorschriften um. Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen uns die kollektive Verwaltung von jährlich mehr als drei Billionen Euro für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen sowie mehr als der Hälfte aller öffentlichen Investitionen in der Union an. Von den subnationalen Gebietskörperschaften wird jedoch immer mehr verlangt. Die Klimakrise, der digitale Wandel, soziale Ungleichheiten, der demografische Wandel und die Migration üben in Verbindung mit zunehmenden geopolitischen Spannungen erheblichen Druck auf die Ressourcen aus, die wir benötigen, um auf die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger einzugehen.

2024 ist das bislang größte Wahljahr in der Geschichte der EU. Hunderte Millionen von Bürgerinnen und Bürgern werden nicht nur das Europäische Parlament, sondern auch zahlreiche Kommunal- und Regionalvertretungen sowie nationale Parlamente wählen. Aus diesem Grund sind wir zusammengekommen, um eine Zukunftsvision für ein stärkeres, gerechteres und widerstandsfähigeres Europa zu entwerfen. Dies wollen wir gemeinsam mit den Regionen und Städten tun, denn hier schlägt das Herz Europas.

Wir fordern:

- *Ehrgeizige und wirkungsvolle öffentliche Investitionen auf der Grundlage einer Aufstockung der Haushaltsmittel. Daneben müssen neue EU-Eigenmittel gefunden werden, um auf gemeinsame Herausforderungen reagieren zu können. Die Investitionen sollten sich an dem im EU-Vertrag verankerten Ziel des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts orientieren, und der Grundsatz „dem Zusammenhalt nicht schaden“ sollte auf alle Politikbereiche angewandt werden. Die Kohäsionspolitik muss ein Eckpfeiler des europäischen Projekts und das wichtigste und herausragende Investitionsinstrument der EU für langfristigen Wandel und Solidarität bleiben und zugleich den Binnenmarkt und die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU stärken.*
- *Ein erneuertes Bekenntnis zum europäischen Grünen Deal als dem Kompass der Europäischen Union, der sich im Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen auf die gewonnenen Erkenntnisse stützt, mit dem Ziel, Klimaneutralität zu erreichen, die biologische Vielfalt zu erhalten bzw. wiederherzustellen, den Wohlstand zu gewährleisten und die wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen. Dies sollte auf der Multi-Level-Governance beruhen und die Handlungskompetenz der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften stärken, unter anderem durch Direktmittel für die Städte und Regionen, um sie bei der Bewältigung der Auswirkungen der Klimakrise zu unterstützen.*
- *Maßnahmen zur Stärkung der Chancengleichheit, damit kein Ort und kein Mensch zurückgelassen wird. Die Vielfalt der territorialen Gegebenheiten, der ländlichen und städtischen Gebiete, der landwirtschaftlich genutzten Flächen und Industriezentren, der Gebiete in äußers-ter Randlage und der Inseln sowie dünn besiedelter Gebiete, muss in allen Politikbereichen der EU berücksichtigt werden. Bei der Armutsbekämpfung, der Bereitstellung guter Arbeitsplätze und sozialer Dienstleistungen, der Förderung von Integration und Inklusion sowie der Gleichstellung der Geschlechter, der Teilhabe junger Menschen und der Generationengerechtigkeit müssen bewährte Verfahren der lokalen und regionalen Ebene maßgeblich berücksichtigt werden.*
- *Einen vorausschauenden Ansatz für die Zukunft der Europäischen Union, mit Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in die Vorbereitung von Reformen der EU und der Erweiterung, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Governance und die Politik wie die Kohäsionspolitik und die Gemeinsame Agrarpolitik. Die Vorbereitung der Erweiterung mit allen Kandidatenländern sollte auf dem Partnerschaftsprinzip, der Multi-Level-Governance und Dezentralisierung gründen. In Bezug auf die Ukraine sollten Solidarität und Unterstützung weiterhin und so lange wie nötig die Richtschnur für das Handeln der Europäischen Union bilden. Die Europäische Allianz der Städte und Regionen für den Wiederaufbau der Ukraine sollte maßgeblich am Wiederaufbau beteiligt werden.*

- *Die Stärkung der lokalen und regionalen Dimension der europäischen Demokratie. Dem Europäischen Ausschuss der Regionen als legitimer politischer Versammlung der Kommunal- und Regionalvertreter muss insbesondere bei Maßnahmen mit einer lokalen oder regionalen Dimension mehr Gewicht im institutionellen Gefüge und im Gesetzgebungsverfahren der EU gegeben werden. Künftige Reformen der EU müssen die Multi-Level-Governance und die aktive Subsidiarität als zentrale Grundsätze beinhalten. Neue Instrumente für die Partizipation sollten weiter ausgelotet werden, dabei sollte auf bereits bestehenden erfolgreichen Verfahren aufgebaut werden.*

Die Regionen und Städte müssen bei der Ausarbeitung der nächsten strategischen Agenda der Europäischen Union sowie der politischen Prioritäten der neuen Europäischen Kommission einbezogen werden. Wir fordern die europäischen Entscheidungsträger auf, sich stärker um die Verankerung aller EU-Politikbereiche auf lokaler und regionaler Ebene zu bemühen und so die demokratische Legitimität und Effizienz der Maßnahmen zu stärken. Entscheidend ist die Zusammenarbeit aller Ebenen, auf denen wirklich etwas bewirkt werden kann, sei es auf europäischer, nationaler, regionaler oder lokaler Ebene. Gemeinsam haben die Regionen und Städte die nötige Kraft, um ein stärkeres, gerechteres und widerstandsfähigeres Europa zu schaffen.